

## ÖSTERREICH UND MITTELEUROPA\*

*Von Hugo Hantsch*

Vor 47 Jahren, am 21. November 1916, starb Kaiser Franz Joseph, dessen Regierungszeit mitten in jenen kritischen Tagen der Revolution begann, als neben den großen Existenzproblemen der Monarchie auch ihre mitteleuropäische Machtstellung in Deutschland und Italien zur leidenschaftlichen Diskussion gestellt wurde. Auf den Kaiser von Österreich fiel der letzte Abglanz der römisch-imperialen Kaiser- und Reichsidee, einerseits durch seine Herrschaft in Italien, andererseits durch die Prinzipatstellung im Deutschen Bund. Obwohl zwischen dem römischen Reich deutscher Nation und dem Deutschen Bund, wie bekannt, ein wesentlich öffentlichrechtlicher Unterschied bestand, indem die alte feudale Reichsrechtsordnung einer vertragsmäßigen auf der Basis der Gleichberechtigung souveräner Fürsten aufgebauten föderativen Neuordnung Platz gemacht hatte, so erinnerte die primitiale Ehrenvorstellung des Kaisers von Österreich doch noch deutlich genug an einen Zusammenhang mit dem alten Reich, dessen territorialer Umfang auch im Deutschen Bund im wesentlichen gewahrt blieb. Auch Österreich gehörte nur mit jenen Territorien zum Deutschen Bund, die früher dem römischen Reich angehörten, also mit seinen erbländischen Königreichen und Ländern, nicht aber mit Ungarn und den italienischen Besitzungen, über die sich die einstigen Reichsrechte schon längst nicht mehr effektiv erstreckt hatten.

Die Revolutionszeit warf bekanntlich die Frage einer Neukonstituierung Deutschlands auf, die Frage der Ersetzung des lockeren, als Machtfaktor kaum in Betracht kommenden Bundes durch ein auf nationaler Basis zu errichtendes Reich, das als politische Einheit ungleich eindrucksvoller in Erscheinung treten sollte. Wir kennen die erregende und aufschlußreiche Diskussion um das österreichisch-großdeutsche und das preußisch-kleindeutsche Konzept, um die konservative übernationale Reichsidee und die liberale nationalstaatliche Idee, deren demokratische Elemente schon in der parlamentarischen Behandlung dieser Frage zum Ausdruck kamen. Wir wissen, daß sich das Frankfurter Parlament von dem alten Reichsgedanken löste und die kleindeutsche Formel annahm, was die österreichischen Abgeordneten veranlaßte, Frankfurt zu verlassen. Trotz der Ausschaltung der Donaumonarchie aus einem deutschen Nationalstaat hielt man es doch für notwendig oder wenigstens nützlich, Österreich in Form eines erweiterten Bundes mit dem deut-

---

\* Bei den nachstehenden Ausführungen handelt es sich um einen Vortrag, der anlässlich einer Tagung des Collegium Carolinum in Regensburg gehalten wurde.

schen Mitteleuropa in politischen und wirtschaftlichen Zusammenhang zu bringen.

Obwohl diese Beschlüsse des Frankfurter Parlamentes zu keiner wirklichen Neuordnung führten und die konservativen Mächte über sie hinweggingen, sind sie doch für die Zukunft nicht ohne Bedeutung gewesen. Der nationale Liberalismus hielt sich an diese Lösungsmöglichkeit der deutschen Frage, die schließlich auch realisiert wurde, und als dann später der Zweibund ins Leben trat, konnte man leicht die Linie zu den dreißig Jahre vorher in Frankfurt geäußerten Ideen eines engeren und weiteren Bundes ziehen, die das Bild eines Mitteleuropäischen Machtkomplexes vollendeten, der nach Osten und Westen ausstrahlte.

Vorerst aber war nach der inneren Restauration der österreichischen Monarchie und der Neubegründung ihrer Machtstellung von Felix Schwarzenberg den Frankfurter Ideen der Plan einer Einbeziehung der gesamten Monarchie in das Bundesverhältnis entgegengesetzt worden. Innere und äußere Motive lagen diesem Plan zugrunde: die Stärkung der inneren Stabilität des Vielvölkerreiches, dessen nationale Problematik während der Revolutionszeit und auf dem Kremsierer Reichstag zum ersten Mal das komplizierte Objekt ernsthafter Diskussion gebildet hatte, und zugleich die Befestigung der Primatstellung Österreichs im Deutschen Bund, andererseits das Staatsinteresse, das des Rückhalts durch den Deutschen Bund nicht entbehren konnte. Es kam aber weder zu einer Lösung in dem einen noch in dem anderen Sinn, sondern es blieb alles beim alten, aber es war nach den vorhergegangenen aufwühlenden Ereignissen doch nicht mehr das alte, und das neue machtstaatliche Streben, das nicht wenig von wirtschaftlichen Interessen durchsetzt war, suchte mit steigender Intensität nach Möglichkeiten der Verwirklichung der nationalen Staatsidee.

Österreichs Einfluß im mitteleuropäischen Raum hing aber wesentlich von der bundesstaatlichen Struktur Deutschlands ab. Der damalige absolutistisch regierte Einheitsstaat Österreich, in den auch Ungarn eingeschlossen war, konnte diese Einheit nicht einem nationalen Prinzip opfern, das seiner eigenen Struktur widersprach. Wenn Österreich auch rechtlich nur mit einem Teil seiner Provinzen zum deutschen Bund gehörte, so war es doch faktisch die ganze kaiserliche Macht, die in der Primitivstellung zum Ausdruck kam. Welche Interessen Österreichs waren dem Bunde homogen, so daß der Bund verpflichtet war, sie zu verteidigen? Die Schwierigkeit, diese Frage zu beantworten, offenbarte sich im Krimkrieg und im Krieg mit Piemont-Sardinien im Jahre 1859. Die Anerkennung einer hegemonialen Stellung Österreichs, die eine effektive Unterstützung Österreichs durch den deutschen Bund zur Folge gehabt hätte, rief nicht nur das Widerstreben Preußens hervor, sondern traf auch auf das Mißtrauen anderer Bundesglieder. Obwohl das ablehnende Verhalten Preußens sicher den Ausschlag gab, so ist es doch nicht allein verantwortlich für den Gegensatz, der sich aus diesen Ereignissen herausbildete oder jedenfalls durch sie verschärft wurde. Der Gegensatz lag vielmehr in der Natur der Sache, in der ganz verschiedenartigen Struktur des staatlichen

Aufbaues und seiner ethnischen Grundlagen. Liberalisierung und in gewissem Sinn Demokratisierung bedeuteten für Österreich ein Staatsproblem ersten und eigentümlichen Ranges, ein Existenzproblem, das den anderen Mitgliedstaaten des Bundes fremd war.

Ein mehr oder minder absolutistisches Regierungssystem muß nicht immer eine Willkürherrschaft sein. Unter Umständen ist es eine Notwendigkeit, und der junge Kaiser Franz Joseph glaubte sicher ehrlich, daß die Kraft und die Einheit seines Reiches nur durch die Dynastie und die ihr zur Verfügung stehende militärische und administrative Macht erhalten bleiben könne. Deshalb war die Einführung eines liberaleren Systems durch das Oktoberdiplom von 1860 und das Februarpatent von 1861 eine sehr folgenschwere Entscheidung, an der sogleich wieder die ganze Problematik des Vielvölkerstaates sichtbar wurde, als die Absenzpolitik der Ungarn, später auch der Tschechen und Kroaten, die Fragwürdigkeit des Einheitsstaates dokumentierte. Es war sicher nicht nur das innere Finanzproblem, das diese Liberalisierung des Donaustaates motivierte, obwohl in der historischen Literatur stets das Hauptgewicht darauf gelegt wird. Es sollte vielmehr auch die Stellung Österreichs zum deutschen Bund eine Stärkung erfahren, indem man sich der Sympathien des deutschen Liberalismus versicherte, der dem österreichischen Absolutismus ein gehäuftes Maß von Mißtrauen entgegengebracht hatte. Das Verhalten des Bundestages in den Krisen des Krimkrieges und des italienischen Krieges war dazu angetan, den dreißigjährigen Monarchen zu überzeugen, daß die Monarchie in einem ohnmächtigen und entschlußunfähigen Bund keinen Rückhalt finden konnte. Daher ergriff er in jugendlichem Optimismus die Initiative, um dem sterilen Bund neues Leben einzuhauchen und den österreichischen Einfluß zu bekräftigen. Der berühmte Fürstentag von Frankfurt, der vor hundert Jahren stattfand, sah den Kaiser zum letzten Mal im Kreise der deutschen Fürsten. Es war wie ein Abschied von der alten Reichstradition, die trotz allen Wandlungen noch immer in den Herzen vieler schlummerte, und gerade bei dieser Gelegenheit oft zu überraschend lebhaftem Ausdruck kam. Erst im Jahre 1908, anlässlich des 60jährigen Regierungsjubiläums Kaiser Franz Josephs, fanden sich, geführt von Kaiser Wilhelm II., die deutschen Fürsten wieder gemeinsam in Wien ein, um dem alten Monarchen ihre Huldigung darzubringen, ein abendlicher Widerschein einer langen gemeinsamen Geschichte.

Der Widerstand Preußens und vor allem Bismarcks, der Österreich auch nicht den Schein einer führenden Stellung zugestehen wollte, machte die auf eine Renovatio des Bundes hinzielenden Beschlüsse des Fürstentages und die Hoffnungen des Kaisers zunichte. Die österreichische Regierung sah sich gezwungen, einen Bund beiseite zu schieben, der sich zu keiner aktiven Leistung fähig erwies, und sich in gesonderter Verständigung mit Preußen zu widerwilliger Anerkennung der Gleichberechtigung des Königreiches zu bequemen, um auf diese Weise wenigstens dem Widersacher keine einseitigen Vorteile einheimen zu lassen. Das dritte Deutschland, das Deutschland der mittleren und kleineren Territorien, sah darin nur die Manifestation des eigenen öster-

reichischen Interesses, der eigenen Macht- und Prestigepolitik, sah sich zum Opfer und Zuschauer eines Rivalitätskampfes verurteilt, der schließlich doch über das Schicksal Mitteleuropas entscheiden sollte.

Diese Entscheidung, die am Anfang allen Ungemaches und aller Katastrophen steht, die Deutschland und Österreich in der Zukunft durchzukämpfen hatten, fiel bekanntlich im Jahre 1866, als die Niederlage Österreichs bei Königgrätz dem preußischen Ministerpräsidenten Bismarck die Möglichkeit gab, die politische Struktur Mitteleuropas nach seinen von preußischen Interessen und vom preußischen machtsstaatlichen Streben aus diktierten Ideen zu gestalten, das heißt, Mitteleuropa den preußischen Interessen zu unterwerfen oder es wenigstens in den Rahmen dieser Interessen einzubeziehen. Die Gründung des norddeutschen Bundes, die Schutz- und Trutzbündnisse mit den süddeutschen Mittelstaaten verlagerten entscheidend das Gewicht der politischen Machtentfaltung, der die Wirtschaftspolitik der Zollunion bereits die Wege vorgezeichnet hatte. Vergebens hatte Österreich versucht, an dem mitteleuropäischen Wirtschaftssystem teilzunehmen; immer war es durch ebenso geschickte wie rücksichtslose Ausnutzung der wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnisse durch Preußen daran gehindert worden, sich einer wirtschaftlichen mitteleuropäischen Gesamtordnung einzugliedern und damit die Zukunft der österreichischen Wirtschaftsentwicklung, die wenigstens damals durchaus auf deutscher Grundlage beruhte, innerhalb eines großen Wirtschaftsraumes zu sichern.

Diese Verdrängung Österreichs aus dem mitteleuropäischen Wirtschaftsraum war ein wichtiger Schritt und eine Vorbedingung für die Verdrängung der Monarchie aus dem politischen Raum Mitteleuropas, zu der sie sich nach ihrer militärischen Niederlage verstehen mußte. *Hinc illae lacrimae!* Diese Ausschaltung Österreichs aus dem Deutschen Bund, aus einer 1000 Jahre alten Verbundenheit mit der mitteleuropäischen Reichsordnung, die einen übernationalen Charakter hatte, war eines der schicksalhaftesten Ereignisse der neueren europäischen Geschichte, dessen Auswirkungen sich bis in unsere Tage erstrecken. Hatte die Mitgliedschaft und Prinzipalstellung Österreichs im Deutschen Bund noch immer die Kontinuität des alten Reichsgedankens in sich geschlossen, so bedeutete nun der Verzicht Österreichs auf seine mitteleuropäische Stellung und damit auf seinen Einfluß bei der Gestaltung der mitteleuropäischen Verhältnisse den Bruch mit einer tief verwurzelten Vergangenheit zugunsten des im Vormarsch begriffenen nationalen Staatsgedankens, der der ganzen ethnographischen Struktur der Monarchie widersprach. Es ist also schon ein Kern von Wahrheit darin, wenn man sagt, daß die letzte schwache Erinnerung an das römische Reich, das alte Imperium Romanum, das einst den mitteleuropäischen Raum erfüllte, in dem übernationalen österreichischen Kaisertum repräsentiert war. Insofern erscheint auch die Bewahrung der alten Reichskrone in der Schatzkammer der Wiener Hofburg durchaus gerechtfertigt.

Unter den durch die Ereignisse von 1866 geschaffenen Umständen konnte es nur eine Frage der Zeit sein, daß die Ideen der nationalliberalen Staatsauf-

fassung im deutschen Mitteleuropa zur gestaltfordernden Reife gelangten, und soviel Bismarcks politisches Einfühlungsvermögen und politisch-diplomatisches Geschick zur Verwirklichung des nationalen Staates beigetragen haben mag, so war es doch vor allem der Druck der neuen Zeitideen in der Periode des aufstrebenden raumheischenden bürgerlich-liberalen industriellen Lebens, der seine Entschlüsse mitbestimmte. Die französische Revolution hatte einst die nationalen und liberalen oder demokratischen Ideen und Kräfte in Bewegung gesetzt, die sich nun auch in ihrem West-Ostgefälle in Mitteleuropa zu Geltung brachten und in ihrem Durchbruch den italienischen und deutschen Nationalstaat erstehen ließen. Dem weiteren Vordringen der nationalstaatlichen Idee stellte sich das übernationale Donaureich der Habsburger entgegen, wenn auch die kurz darauf folgende Aufspaltung in zwei gleichberechtigte Staatskörper, Österreich und Ungarn, erkennen läßt, daß die Neugestaltung Mitteleuropas nicht ohne Einfluß auf das österreichische Reichsproblem gewesen ist.

Die Funktion Österreichs war, solange das heilige römische Reich bestand und selbst darüber hinaus, diejenige, die bereits Gottfried Wilhelm Leibniz dargelegt hatte. Er versicherte: „Die Einheit und Harmonie des Reiches wird vollständig zerstört sein und wir werden immer unter eine tyrannische Oligarchie kommen . . . , wenn Österreich erniedrigt ist und keinen Vorrang mehr vor den anderen und keine Herrschaft über die anderen besitzt.“ Für den Philosophen des kosmischen Ordnungssystems stand die Würde der Nation mit den besonderen Aufgaben und Verpflichtungen der Reichsidee in einem wesentlichen Zusammenhang. „Die deutsche Nation“, so läßt er sich etwa vernehmen, „hat unter allen christlichen Nationen den Vorzug wegen des heiligen römischen Reiches, dessen Würde und Rechte sie auf sich und ihr Haupt gebracht, welchem die Beschirmung des wahren Glaubens, die Vogtei der allgemeinen Kirche und die Beförderung des Besten der ganzen Christenheit obliegt. Daher ihm auch der Vorsitz über andere Häupter ohnzweifelhaft gebühret und gelassen worden. Derowegen haben die Teutsche sich desto mehr anzugreifen, daß sie sich dieser Würde würdig zeigen.“ Nicht viel später wurde anläßlich der Garantie der Pragmatischen Sanktion durch das Reich auf dem Reichstag in Regensburg (1730) die Funktion des österreichischen Gesamtstaates als Bollwerk der Sicherheit und Freiheit der europäischen Mitte und als Kulturfaktor im neugewonnenen Osten ins Licht gestellt. Noch im Jahre 1849 hatte Palmerston im englischen Unterhaus erklärt: „Österreich ist das wichtigste Element im europäischen Mächtegleichgewicht. Österreich liegt im Mittelpunkt Europas, eine Schutzwehr gegen Übergriffe auf der einen und gegen Invasion auf der anderen Seite. Die politische Unabhängigkeit und die Freiheit Europas beruhen . . . auf der Erhaltung und Unversehrtheit Österreichs als einer europäischen Großmacht . . .“ Es darf aber nicht vergessen werden, daß Österreich, um dieser Funktion gerecht werden zu können, immer wieder stärkste Kräfte aus Mitteleuropa an sich gezogen hat. Die Befreiung Wiens im Jahre 1683 wäre z. B. ohne entscheidende Mitwirkung der Reichstruppen nicht denkbar gewesen und ebensowenig die Befreiung Ungarns

von der osmanischen Herrschaft und der kulturelle Neuaufbau in den eroberten und der Besiedlung harrenden Territorien.

Noch für Metternich ist diese mitteleuropäische Rangordnung eine unumstößliche Basis der Neukonstituierung Europas nach den Befreiungskriegen.

Diese Funktion Österreichs in der mitteleuropäischen Welt ändert sich nun mit dem Austritt aus dem vernichteten Deutschen Bund. Das Deutschtum Österreichs verliert eine Kraftquelle und sieht sich unerwartet und auch unvorbereitet einer slawischen Majorität gegenüber, die sich sogleich anschickt, nicht nur ihre innere Solidarität zu bekunden, sondern auch das Programm des nationalen und politischen Selbstbewußtseins zu entwickeln. Die Problematik des Nationalitätenstaates bekommt nach 1866 einen anderen Sinn, weil das nichtdeutsche, bei weitem überwiegende Element die führende Stellung der Deutschen immer mehr zu überwinden strebt. Noch Metternich konnte die Monarchie als einen deutschen Staat bezeichnen; denn — so sagt er — „er ist deutsch durch die Geschichte, durch den Kern seiner Provinzen, durch seine Zivilisation.“ Auch nach dem Ausgleich und der Begründung des Dualismus behielt das österreichische Deutschtum seine Bedeutung als staaterhaltende und völkerverbindende Kraft, aber der wirtschaftliche, kulturelle und politische Aufstieg der österreichischen Slawen zwang offenbar zur Überprüfung der bisherigen nationalpolitischen Machtverhältnisse. Weist der ethnographische Zusammenhang die Deutschen nach Westen, so findet das Slawentum sein Schwergewicht im Osten. Die Monarchie faßt also die zwei Welten zusammen und sucht in einer einmaligen Synthese verschiedene Völker zu einem Machtkomplex zusammenzufassen, der weit nach Osten reichend doch auch schon durch die lange historische Tradition dem Westen verbunden ist und durchaus mitteleuropäisches Gepräge trägt. Heute spricht man, der Begriffsbildung Oskar Haleckis folgend, von einem Ostmitteleuropa, zu dem man die gesamte slawische Welt außerhalb Rußlands rechnet; aber dieser Begriff konnte doch erst entstehen, als die Donaumonarchie zertrümmert worden war, deren Antlitz mitteleuropäische Züge trug.

Die österreichisch-ungarische Monarchie war in Wirklichkeit eine Welt für sich, eine Welt voll von Gegensätzen und Widersprüchen, aber auch voller Möglichkeiten und schöpferischen Ideen, eine Welt reich an Kontrasten, aber eben deshalb auch reich an Spannungen und Bewegungen, die einem lebendigen Organismus zu eigen sind. So alt die Monarchie in ihren unionistischen Grundformen war, als Herrschaftsgebiet der Habsburger, so jung war sie doch eigentlich in ihrer neuen staatsrechtlichen Gestalt, die über den Dualismus hinaus nach jenen neuen Entwicklungsmöglichkeiten Ausschau hielt, die bei der Erhaltung des Ganzen als europäischen Machtfaktor, als wichtiges Glied im Gleichgewicht der Mächte Europas, den einzelnen Völkern und Stämmen, die sie zusammenfaßte, eine so freie Entwicklung und Entfaltung ihrer eigenen nationalen Kräfte zugestand, wie sie mit der Sicherung der Großmachtstellung vereinbar war. Man kann wohl sagen, daß bis zum Ersten Weltkrieg bei den österreichischen Slawen der Zug zu einem neuen föderalistischen Aufbau des Staatswesens stärker war als der zum Separatismus, das Streben nach

nationaler Autonomie stärker als das nach staatlicher Souveränität. Der Austroslawismus hat sich, wie schon in dem Begriff zu erkennen ist, an das bestehende Staatswesen gehalten, wenn er ihm auch eine andere innere Form zu geben versuchte. Die Frage war nur, welchen Umfang eine Autonomie erhalten sollte, um zu verhüten, daß sie zur vollen Auflösung führte. Das war der Kern des Nationalitätenproblems in der Monarchie und auch das Hindernis, rechtzeitig zu friedlichen und befriedigenden Lösungen zu gelangen, auf deren theoretische Ausarbeitung viel Geist und Mühe verwendet wurde. Der Weg, den die dualistische Reichsgestaltung vorgezeichnet hatte, konnte auch für die weitere innere Entwicklung gangbar sein, aber unleugbar enthielt er auch zahlreiche für die Erhaltung der Gesamtmacht und der Gemeinsamkeit gefährliche Momente, für die gerade die zur Untergrabung der Gemeinsamkeit zielenden Tendenzen der ungarischen Unabhängigkeitsbewegung ein warnendes Beispiel waren.

Fast die ganze Problematik des Nationalitätenstaates war bereits in den Revolutionsjahren 1848/49 zutage getreten, besonders als in Frankfurt die Frage des deutschen Nationalstaates zur Debatte gestellt wurde. Es war die große mitteleuropäische Idee des Fürsten Schwarzenberg, die Gesamtmonarchie in einen neuen staatsrechtlichen Zusammenhang mit der deutschen Mitte zu bringen, einen mitteleuropäischen Machtblock zu begründen, der von der Nord- und Ostsee bis an die Gestade des Mittelmeeres reichte und beispiellose Möglichkeiten der Sicherheit und des wirtschaftlichen und kulturellen Potentials in sich barg. Solche Träume machte der Austritt Österreichs aus dem Deutschen Bund, das Aufgeben der Reichsidee zugunsten der nationalstaatlichen Idee, endgültig zunichte. Die Monarchie war nach Osten gedrängt und hatte sich politisch auszurichten. Außenpolitisch gesehen übte der gewaltige russische Machtblock von nun an einen umso größeren Druck auf die Monarchie aus, je mehr hier die panslawistischen und neopanslawistischen Bestrebungen und Macht Tendenzen fühlbar wurden. Aber es beweist den mitteleuropäischen Zusammenhang, daß dieser Druck sogleich auch für das neue deutsche Reich von Bedeutung wird, indem er sich gleichsam indirekt fortpflanzt, so daß die Erhaltung der Monarchie, der man eben erst die Tür gewiesen hat, auch für die Sicherheit des deutschen Reiches notwendig erscheint. Das hat auch Bismarck bald erkannt und im Zweibund von 1879 Österreich-Ungarn wieder herangezogen und damit in irgendeiner Weise die Idee des engeren und weiteren Bundes, wie sie Baron Gagern in Frankfurt darlegte und befürwortete, verwirklicht. Dieser Zweibund war, wenn er auch nicht verfassungsmäßig verankert war, wie es manche wollten, ein Schicksalsbund, der auf demselben Prinzip aufgebaut war, das seit der Pragmatischen Sanktion die Grundlage des Verhältnisses Österreichs zu Ungarn bildete, nämlich auf dem Prinzip der Gesamtverteidigung als dem gemeinsamen überragenden Interesse. Es war unausbleiblich, daß die Wege, die der deutsche Nationalstaat einschlug, in andere Richtungen führten als die Wege, die der Nationalitätenstaat gehen mußte. Ein aufstrebendes, in einer ungeheueren dynamischen Entwicklung begriffenes homogenes Staatswesen hat natürlich seine

eigenen Zielsetzungen, die nicht immer mit denen übereinstimmten, die ein mit Spannungen und mit — dem deutschen Partner fast unbekanntem — nationalen Problemen erfüllter Staatskörper anstreben konnte. In seiner inneren Entwicklung durch die inneren Gegensätze wesentlich gehemmt, konnte Österreich-Ungarn gewissermaßen nur einen Schritt tun, wenn Deutschland zwei machte. Die deutsche Weltpolitik, mit deren Problemen die Donaumonarchie indirekt eben durch die Auswirkungen und Verpflichtungen des Bündnisses verflochten war, erzeugte an der Donau ebensoviel Unbehagen, wie die Balkanpolitik, die Österreich-Ungarn ständig beschäftigte, in Deutschland. Durch an und für sich fremde oder doch wenigstens fernliegende Interessen in Auseinandersetzungen gezogen zu werden, die das Verhältnis mit Staaten berührten, zu denen keine wesentlichen Gegensätze bestanden, war für beide eine Belastung, die bisweilen die Vorteile des Bündnisses in Frage stellte. Ich brauche nur an die deutsche Marccopolitik einerseits, an die Annexionspolitik andererseits zu erinnern. Die Monarchie hatte keinerlei Interesse, mit Frankreich oder England in Gegensatz zu geraten, Deutschland aber widerstrebte ein Konflikt mit Rußland, in dem es nichts zu gewinnen hatte, zu dem aber der Balkan Anlaß geben konnte. In den Dokumenten der österreichisch-ungarischen und der deutschen Außenpolitik kommt diese Diskrepanz oft zum Ausdruck, aber ebenso oft wird betont, daß eine Auflösung des Bündnisses nicht in Frage kommen könne, daß beide Mittelmächte aufeinander angewiesen seien, wenn sie nicht riskieren wollten, isoliert einer gegnerischen Übermacht gegenüberzustehen. Die Integrität der Habsburgermonarchie und ihre Großmachtstellung im europäischen Staatensystem zu erhalten, war die Aufgabe und Pflicht der österreichisch-ungarischen Staatsführung, aber auch ein lebenswichtiges Interesse des deutschen Reiches, und es war diese Überzeugung, die das Reich bestimmte, den Kampf der Monarchie gegen die großserbischen, gegen die Integrität der Monarchie gerichteten Bestrebungen zu unterstützen, der sich dann freilich zu dem weltweiten Machtkampf entwickelte, in dessen Folge der Vielvölkerstaat zugrunde ging und eine Reihe von ohnmächtigen Kleinstaaten an seine Stelle traten, die trotzdem außer Österreich und Ungarn keine reinen und homogenen Nationalstaaten waren. In ihrem Bereich hatte sich das Nationalitätenproblem als inneres Staatsproblem erhalten und widerstand einem friedlichen Ausgleich ebenso hartnäckig wie einst in der österreichisch-ungarischen Monarchie.

Österreich-Ungarn gehörte zu Mitteleuropa, aber seine kulturelle Funktion erstreckte sich weit nach Osten, so daß es zugleich eine Brücke darstellte, die West und Ost im Rahmen einer zivilisatorischen Idee verband. Man muß sich vor Augen halten, daß zwischen Bregenz und Czernowitz eine Entfernung bestand, die in einer Bahnfahrt von 24 Stunden zu überwinden war. Eine Reise von dem rein deutschen Vorarlberg bis in die von 4 Nationen bewohnte Bukowina, wo sich polnische, rumänische, ruthenische und deutsche Kultur begegneten, eine Reise vom Sudetenland in das serbokroatische Dalmatien, wobei auch Gebiete mit italienischer Bevölkerung passiert wurden, konnte den weitgespannten Bogen dieser Kulturbrücke von Mitteleuropa nach Osteuropa

veranschaulichen. Doch Wien war das Zentrum und in seiner vielfältigen Einwohnerschaft zugleich das Paradigma der Kulturdurchdringung; aber Wien war eine mitteleuropäische Stadt, ebenso wie Prag und Budapest. Wien strahlte seine Kulturkraft bis in die entlegendsten Provinzen und in der Eigenart, wie sie eben nur der übernationale Staat hervorbringen konnte, gab es dieser kulturellen Schöpfungskraft oder Schaffenskraft ihren besonderen Sinn und Gehalt. Die Lebensauffassungen, das kulturelle Gesamterlebnis, Sitte und Brauch ändern sich nicht so rasch wie sich Staatsgrenzen ändern können, und die Wege, die von der Natur gewiesen werden, werden seit undenklichen Zeiten immer wieder beschritten; und ob sich Schlagbäume und Ideologien stärker erweisen als natürliche Gegebenheiten wird erst die Zukunft lehren. Hier ist, das scheint doch unzweifelhaft zu sein, ein neuralgischer Punkt Europas und der Europaidee, und er ist umso bedeutsamer, weil ein Europa ohne Mitteleuropa nicht denkbar ist und ein zerrissenes Mitteleuropa nicht ein ganzes Europa ermöglichen kann.

Seinerzeit erweckte die Mitteleuropaidee Friedrich Naumanns beträchtliches Aufsehen. Während des Ersten Weltkrieges hielt Naumann darüber auch in Wien Vorträge, damals als gewisse großangelegte Pläne für eine Neuorganisation des Bündnisses der beiden mitteleuropäischen Großmächte zur Debatte standen, die natürlich in den Reihen des deutschen Nationalverbandes besonderen Anklang fanden, aber auch in Ungarn viele Anhänger gewannen, weil sie ja eine klare Vorherrschaft des deutschen bzw. madjarischen Elementes zur Folge gehabt haben würden. Ob sie der eigenständigen Entwicklungsidee des Vielvölkerstaates entsprochen hätten, wurde aber vielfach, gerade in den konservativen und patriotischen Kreisen, bezweifelt, denen Seipels föderatives Programm einer übernationalen, auch für Europa zukunftsweisenden Idee, angepaßter erschien, so wie etwa Seipel das Verhältnis zwischen Nationalstaaten und Nationalitätenstaaten beschreibt, wenn er sagt: „Jene, nämlich die Nationalstaaten, sind die einheitlichen und darum festgefügtten Pfeiler, diese, die Nationalitätenstaaten, die kühn geschwungenen Bogen im Prachtbau der Menschheitsorganisation. Zu einem einheitlichen Prachtbau sollten sich endlich auch die Staaten der Erde zusammenfügen. Bis jetzt ragen von ihm nur die einzelnen Säulen in die Luft. Jene, die aus lauter Besorgnis um die ungetrübte Souveränität der Einzelstaaten . . . sie möglichst zu isolieren trachten, bauen an einer künstlichen Ruine. An der letzten und höchsten politischen Organisation der Menschheit, die der Zukunft erst noch zu verwirklichen bleibt, werden die übernationalen Staaten den allerhervorragendsten Anteil haben.“ Aus solchen universalen Gedanken, die gewiß auch in der Vorstellung von der universalen Funktion des alten Reichsgedankens fundieren, schließt Seipel auf die ethische und allgemein humanitäre Bedeutung des Nationalitätenstaates, der diese universale Idee auf kleinem Raum zur Anschauung brachte. — Jedenfalls steht auch in diesem Gedankenbild, nur auf anderen ethischen Grundlagen als bei Naumann, die mitteleuropäische Idee im Vordergrund. Das völkerverbindende Mitteleuropa erscheint als Voraussetzung und Modell eines völkerverbindenden Europas

und der Welt. Die Völkerbundidee ging dann allerdings andere Wege, indem sie nicht den übernationalen Völkerstaat, sondern den Nationalstaat zur Grundlage einer universalen Organisation erhob.

In den heute bestehenden Gegebenheiten hat Österreich sein Janusgesicht, von dem der Geograph Hugo Hassinger gesprochen hat, bewahrt, nicht national, nicht politisch, aber wirtschaftlich, wie es das Problem der Zugehörigkeit zu den großen Wirtschaftssystemen Europas dokumentiert. Daß das heutige Österreich weder die EFTA noch die EWG entbehren kann, entspricht eben seiner Lage, die keine eindeutige Entscheidung für das eine oder andere System herausfordert, sondern sie zu vermeiden sucht und zu Kompromissen neigt. Das bedeutet, daß Österreich seine alte Stellung in Mitteleuropa gewahrt haben will. Wenn der spanische Kulturphilosoph Salvadore Madariaga, sicherlich nicht aus einer besonderen Vorliebe für Österreich, sondern aus allgemeinen Betrachtungen heraus, jüngst in Wien geäußert hat, daß Wien von Natur aus zur Hauptstadt Europas bestimmt sei, so konnte er das nur behaupten, weil er weiß, daß Wien nicht am Rande von Europa, sondern in der Mitte Europas liegt.

So wölben sich also die Bogen über die Jahrhunderte, die Österreichs Schicksal in vielen Wandlungen sahen. Wenn Österreich auch im Laufe der Zeit und ihrer Ideen auf vieles verzichten mußte, was früher einmal seine Größe ausmachte, so kann es doch niemals darauf verzichten, zu Mitteleuropa zu gehören; denn ein solcher Verzicht müßte eine Verleugnung seiner Geschichte und seines Wesens und damit seinen Untergang im historischen Sinn bedeuten.